NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 12. SITZUNG DES STADTRATES

Sitzungsdatum: Montag, 25.10.2021
Beginn: 18:09 Uhr
Ende: 20:00 Uhr (Ende öffentlicher Teil)
Ort: im Saal des Weißen Brauhauses
Gesetzliche Mitgliederzahl: 25

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Schweiger, Christian Erster Bürgermeister Abwesend bei Beschluss-Nr. 190

Mitglieder des Stadtrates

Aunkofer, Franz	Stadtrat
Birkl, Ludwig	Stadtrat
Diermeier, Dennis	Zweiter BGM/Stadtrat
Fischer, Bernhard	Stadtrat
Flotzinger, Florian	Stadtrat
Frischeisen, Johanna	Dritte BGM/Stadträtin
Häckl, Thomas	Stadtrat
Häckl jun., Thomas	Stadtrat
Köglmeier-Pollmann, Adriane	Stadträtin
Lauber, Florian	Stadtrat
Lettow-Berger, Christiane	Stadträtin
Meixner, Maria	Stadträtin
Müller, Thomas	Stadtrat
Ober, Andreas	Stadtrat
Pletl jun., Josef	Stadtrat
Rank, Christian	Stadtrat
Schlauderer, Rupert	Stadtrat
Schweiger, Stephan	Stadtrat
Schwindl, Heribert	Stadtrat
Siller, Walter	Stadtrat
Weinzierl, Josef	Stadtrat/Vorsitz. RPA

Protokollführung

Rieger, Christian Leiter FB Finanz./GL Käm.

Verwaltung

Schmid, Andreas Leiter FB P. & B./SBM

Ortssprecher (Gäste)

Karl, Michael	Ortssprecher Kapfelberg
Zirkl, Silvia	Ortssprecherin Staubing

Gäste

50 Gäste
MZ: Frau Bachmeier-Fausten

Abwesende Personen

Mitglieder des Stadtrates

Hackelsperger, Claus	Stadtrat	Entschuldigt
Hierl, Regina	Stadträtin	Entschuldigt
Prasch, Christian	Stadtrat	Entschuldigt

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1	Genehmigung der letzten Niederschrift	
	Bürgermeister/Geschäftsleitung	Entscheidung
2	Vorstellung der Wasserrahmenrichtlinien von Staubing bis zur Einmündung des RMD-Kanals durch das Wasserwirtschaftsamt Landshut	
	Planen und Bauen	Kenntnisnahme
3	Geschäftsordnung für den Stadtrat der Kreisstadt Kelheim 2020 - 2026; Überarbeitung und Anpassung der unter TOP Ö 11 vom 05.05.2020 beschlossenen Geschäftsordnung	
	Bürgermeister/Geschäftsleitung	Entscheidung
4	Städtischer Waldfriedhof; Antrag des Stadtratsmitglieds Stephan Schweiger auf Überprüfung der Machbarkeit von (Gestaltungs-) Maßnahmen für einen behindertengerechten Friedhof	
	Bürgermeister/Geschäftsleitung	Entscheidung
5	Haushaltsausführung 2021/Kommunalabgaben; Straßenentwässerungsbeitragsbescheide der Jahre 2001 - 2010	
	Finanzen	Entscheidung
6	Bauhof; Beschluss über Verleih- und Verrechnungsentgelte für die Inanspruchnahme von Fahrzeugen, des City-Busses, von sonstigen Geräten und Gegenständen und/oder Leistungen des städtischen Bauhofs	
	Finanzen	Entscheidung
7	Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB); Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim durch Deckblatt Nr. 33 (Heidäcker-Überarbeitung-Erweiterung); Billigung des Vorentwurfes für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB	
	Planen und Bauen 3.2 Bauverwaltung	Entscheidung
8	Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB); Fortschreibung des Flächennutzungs.- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim durch Deckblatt Nr. 36 (Freiflächenphotovoltaikanlage Thaldorf Mitte II); Billigung des Vorentwurfes für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB	
	Planen und Bauen 3.2 Bauverwaltung	Entscheidung
9	Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB); Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim durch Deckblatt Nr. 38 (Freiflächenphotovoltaikpark Staubing); Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB	
	Planen und Bauen 3.2 Bauverwaltung	Entscheidung

-
- 10** Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB);
Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes
der Stadt Kelheim durch Deckblatt Nr. 28 (Freiflächenphoto-
voltaikanlage Nördlich Schulersdorf);
Vorstellung der Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öff-
fentlichkeit und der Behörden nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1
BauBG und Grundsatzentscheidung über die Fortführung des
Verfahrens

Planen und Bauen 3.2 Bauverwaltung

Entscheidung

Erster Bürgermeister Christian Schweiger eröffnete um 18:09 Uhr die 12. Sitzung des Stadtrates. Er begrüßte alle Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Er informierte, dass die öffentliche Tagesordnung unverändert abgearbeitet werden kann. Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Sachbearbeiter: Rieger, Christian

TOP 1	Genehmigung der letzten Niederschrift
Beschluss-Nr. 185	
<u>Entscheidungsergebnis:</u> Dafür: 22 Dagegen: 0	

Sachverhalt:

Gemäß § 27 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Kelheim 2020 – 2026 lässt der Vorsitzende über die Genehmigung der Niederschrift von der vorangegangenen öffentlichen Sitzung abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt hiermit die Niederschrift der öffentlichen Stadtratssitzung vom 27.09.2021.

Sachbearbeiter: Schmid, Andreas

TOP 2	Vorstellung der Wasserrahmenrichtlinien von Staubing bis zur Einmündung des RMD-Kanals durch das Wasserwirtschaftsamt Landshut
Beschluss-Nr. 186	
<u>Kenntnisnahme:</u> Dafür: 22 Dagegen: 0	

Sachverhalt:

Das Wasserwirtschaftsamt Landshut hat ein Umsetzungskonzept der Wasserrahmenrichtlinien Donau von Staubing bis zur Einmündung des Rhein-Main-Donau-Kanals erarbeitet.

Das Wasserwirtschaftsamt stellt dieses Umsetzungskonzept im Rahmen der Stadtratssitzung vor (siehe Präsentation).

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt von den Ausführungen des Wasserwirtschaftsamtes Kenntnis.

Auf die beigefügte Anlage wird verwiesen.

Sachbearbeiter: Rieger, Christian

TOP 3	Geschäftsordnung für den Stadtrat der Kreisstadt Kelheim 2020 - 2026; Überarbeitung und Anpassung der unter TOP Ö 11 vom 05.05.2020 beschlossenen Geschäftsordnung
Beschluss-Nr. 187	
<u>Entscheidungsergebnis:</u> Dafür: 22 Dagegen: 0	

Sachverhalt:

Aufgrund der Gründung der Donau H2UB Beteiligungs-GmbH und damit einhergehend der Neubestellung von Aufsichtsratsmitgliedern wird die in der konstituierenden Sitzung am 05.05.2020 beschlossene Geschäftsordnung überarbeitet und angepasst.

Auf Vorschlag der Kommunalaufsicht sollte folgende Änderung in der Geschäftsordnung vorgenommen werden:

§ 37 II: ¹Mitglieder des Stadtrats können in der Sitzung eines Ausschusses, dem sie nicht angehören, ~~mit Rederecht anwesend sein~~ nur als Zuhörende anwesend sein. ²Berät ein Ausschuss über den Antrag eines Stadtratsmitglieds, das diesem Ausschuss nicht angehört, so gibt der Ausschuss ihm Gelegenheit, seinen Antrag mündlich zu begründen. ³Satz 1 und 2 gelten für öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen.

Nach umfangreicher Diskussion in der Fraktionsführerbesprechung haben sich die Sprecher der Fraktionen einstimmig dafür ausgesprochen, diesen Passus nicht zu übernehmen und bei der bisherigen Version zu bleiben. Dem Gesamtstadtratsgremium ist es wichtig, dass alle Stadtratsmitglieder unabhängig eines Ausschusssitzes an den jeweiligen Sitzungen aktiv durch Rede- und Diskussionsbeiträge mitwirken und den Entscheidungsprozess mitgestalten können.

Vor der Sitzung teilte die CSU-Fraktion mit, dass Florian Flotzinger den Aufsichtsratsposten bei der Donau H2UB Beteiligungs-GmbH besetzen wird; dafür wird SRM Fischer zukünftig SRM Flotzinger im AR des Keldorado ersetzen. Für die Fraktion der Kelheimer-Mitte wird Thomas Häckl jun. in den Aufsichtsrat der Donau H2UB Beteiligungs-GmbH einziehen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Überarbeitung und Anpassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Kreisstadt Kelheim 2020 - 2026 an folgenden Stellen:

§ 7 I: Korrektur der zweifachen Hochzahl 5 (redaktionell)

§ 12 I: ¹Der erste Bürgermeister leitet und verteilt im Rahmen der Geschäftsordnung die Geschäfte (Art. 46 Abs. 1 GO). ²Er kann dabei einzelne seiner Befugnisse den weiteren Bürgermeistern, nach deren Anhörung auch einem Stadtratsmitglied und in den Angelegenheiten der laufenden Verwaltung Bediensteten der Stadt übertragen (Art. 39 Abs. 2 GO). ~~³Zur Übertragung von Befugnissen auf Bedienstete im Sinne des Art. 39 Abs. 2 GO wird der Zustimmung des Stadtrats allgemein erteilt.~~ ⁴Geschäftsverteilung und Befugnisregelung sollen übereinstimmen. (Hinweis Rechtsaufsicht; Abweichung der Mustergeschäftsordnung)

§ 13 II Nr. 2 d): Handlungen oder Unterlassen jeder Art mit Auswirkungen für die Stadt, insbesondere der Abschluss von Verträgen und sonstiger Rechtsgeschäfte sowie die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten der Stadt, bis zu einem Betrag oder – falls dieser zum Zeitpunkt der Handlung oder des Unterlassens nicht feststeht – einer Wertgrenze oder einem geschätzten Auftragswert von ~~30.000,00 €~~ 70.000,00 € (Betrag soll lt. Mustergeschäftsordnung dem Betrag aus a) entsprechen)

§ 14 II: ¹Der erste Bürgermeister kann im Rahmen seiner Vertretungsbefugnis unter Beachtung des Art. 39 Abs. 2 GO anderen Personen Vollmacht zur Vertretung der Stadt erteilen. ~~²Zur Übertragung von Befugnissen auf Bedienstete im Sinne des Art. 39 Abs. 2 Halbsatz 2 GO wird die Zustimmung des Stadtrats hiermit allgemein erteilt.~~ (Hinweis Rechtsaufsicht; Abweichung der Mustergeschäftsordnung)

§ 27 I: (1) ¹Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. ²Er stellt die ordnungsgemäße Ladung der Stadtratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest und erkundigt sich nach Einwänden gegen die Tagesordnung. ³Ferner lässt er über die Genehmigung der Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung abstimmen. ⁴Die Niederschrift über die vergangene Sitzung wird ~~mit Versand der Einladung zur nächsten Sitzung~~ im Ratsinformationssystem eingestellt. ⁵Hat ein Stadtratsmitglied sein Einverständnis zur elektronischen Bereitstellung nicht erteilt, erhält er die Niederschrift der vergangenen Sitzung in schriftlicher Form mit schriftlicher Ladung zur nächsten Sitzung. ⁶Ausgenommen sind Sondersitzungen. ⁷Gleiches gilt bei Ausfall des Ratsinformationssystems.

§ 38 II: Satzungen und Verordnungen können ergänzend zu Abs. 1 dadurch bekannt gemacht werden, dass sie im Rathaus der Stadt Kelheim zur Einsichtnahme niedergelegt werden und die Niederlegung durch Anschlag an den Amtstafeln bekanntgegeben wird.

Anlagenverzeichnis:

Änderung:

15. Aufsichtsräte der Stadtwerke GmbH & Co. KG

(Stadtratsbeschluss vom 05. Mai 2020 Nr. 54)

Nach § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke GmbH & Co. KG besteht der Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH & Co. KG aus 12 Mitgliedern. Acht der Mitglieder, darunter der erste Bürgermeister, werden von der Stadt Kelheim entsandt. Neben dem ersten Bürgermeister als sog. "geborenes Mitglied" sind also weitere sieben Aufsichtsratsmitglieder zu bestellen.

Die sieben Sitze werden entsprechend § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Kelheim nach dem Verteilungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers verteilt.

Aufgrund des Stärkeverhältnisses der einzelnen Stadtratsfraktionen bzw. Parteien und Wählergruppen werden folgende

(...)

6. Meixner Maria (SPD)
Wörthstraße 6a
93309 Kelheim

Neu:

20. DONAU H2UB Beteiligungs-GmbH

(Stadtratsbeschluss vom 25. Oktober 2021, Nr. 178)

Gemäß § 9 des Gesellschaftsvertrages besteht der Aufsichtsrat der DONAU H2UB Beteiligungs-GmbH aus bis zu 12 Mitgliedern. Davon kann die Stadt Kelheim sechs Mitglieder stellen, darunter der Erste Bürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender.

Neben dem Ersten Bürgermeister als sogenanntes „geborenes Mitglied“ sind weitere fünf Aufsichtsratsmitglieder zu entsenden. Die fünf Sitze werden entsprechend § 7 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Kelheim nach dem Verteilungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers verteilt.

Aufgrund des Stärkeverhältnisses der einzelnen Stadtratsfraktionen bzw. Parteien und Wählergruppen werden folgende Aufsichtsratsmitglieder bestellt:

1. Erster Bürgermeister
Christian Schweiger
Storchenstraße 1
93309 Kelheim
(„geborenes Mitglied“)

2. Flotzinger Florian (CSU)
Spechtstr. 7
93309 Kelheim
3. Schweiger Stephan (SPD)
Neustädter Str. 9
93309 Kelheim
4. Andreas Ober (FW)
Reiherstraße 8a
93309 Kelheim
5. Christian Rank (Bündnis 90/Die Grünen)
Regensburger Str. 15
93309 Kelheim
6. Häckl Thomas jun. (Kelheimer Mitte)
Grundweg 16 a
93309 Kelheim

Redaktionelle Änderungen im Inhalts- und Anlagenverzeichnis sowie bei Seitenzahlen sind inbegriffen.

Sachbearbeiter: Rieger, Christian, Schmid Andreas

<p>TOP 4 Städtischer Waldfriedhof; Antrag des Stadtratsmitglieds Stephan Schweiger auf Überprüfung der Machbarkeit von (Gestaltungs-) Maßnahmen für einen behindertengerechten Friedhof</p> <p style="text-align: center;">Beschluss-Nr. 188</p> <p><u>Entscheidungsergebnis:</u> Dafür: 22 Dagegen: 0</p>
--

Sachverhalt:

Am 14. September stellte Stadtratsmitglied Stephan Schweiger per Mail folgenden Antrag, auf Überprüfung der Machbarkeit einer wesentlichen Verbesserung, welche dazu beitragen soll, den Waldfriedhof behindertengerechter zu gestalten:

Über 4500 Bestattungen sind auf dem Waldfriedhof seit 1974 beigesetzt worden. Es ist nicht leicht, gerade für Menschen mit Handicap oder älteren Personen, zu den Grabstätten seiner Angehörigen zu kommen. Das über 100.000 qm große Gelände, im unteren Bereich, ist nur über eine sehr steile Rampe oder Treppenanlage zu erreichen. Eine Zufahrt auf das Gelände im hinteren Bereich ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich. In den vergangenen Jahren wurde immer wieder diese Machbarkeit aufgegriffen, im hinteren Bereich einen Parkplatz zu schaffen, um den Zugang zu den Grabstätten aus dem hinteren Bereich zu ermöglichen.

Eine wesentliche Verbesserung der Barrierefreiheit des Waldfriedhofes kann nur eine technische Einrichtung erbringen, welche die Menschen vom oberen Bereich über die sehr steile Rampe in den unteren Bereich bringt.

Ich bitte deshalb die Verwaltung oder eine externe Fachstelle zur Überprüfung von verschiedenen Möglichkeiten, welche die Besucher vom oberen Teil des Waldfriedhofes im Bereich Aussegnungshalle bis zum unteren Bereich der Grabstätten befördert.

- 1. Einsatz eines autonomen Busses*
- 2. Errichten eines Fahrstuhls*
- 3. Errichten eines Treppenliftes*
- 4. Errichten eines Schrägaufzuges (diese gibt es mit und ohne Überdachung).*

Es sollten die Machbarkeit und die Kosten aufgezeigt werden, zugleich sollten auch die Machbarkeit und Kosten über die Errichtung eines Weges zum hinteren Bereich mit Errichtung eines Parkplatzes aufgezeigt werden.

Des Weiteren bitte ich den Behindertenbeauftragten des Landkreises Kelheim bei der Problematik/Lösung mit einzubeziehen und um dessen Stellungnahme.

Fördermöglichkeiten/Förderprogramme von verschiedenen Möglichkeiten sind aufzuzeigen.

Das für Baumaßnahmen, auch am Waldfriedhof Kelheim, zuständige Bauamt stellt klar, dass bereits am 11.07.2016 im Umwelt- und Energieausschuss, mit Beschluss Nr. 3, auf die Sanierungsbedürftigkeit des Waldfriedhofes hingewiesen wurde. In den letzten Jahren wurde infolge von fehlendem Personal- und Finanzressourcen das Ansinnen nicht intensiver verfolgt. Aktuell werden vom Fachbereich Planen und Bauen Vorschläge erarbeitet, wie in einem Gesamtkonzept die Sanierung bzw. Erneuerungsmaßnahmen am städt. Waldfriedhof vollzogen werden können. Dies Vorschläge werden dem Stadtrat möglichst zeitnah vorgestellt.

Beschluss:

Der Antrag von Stadtratsmitglied Stephan Schweiger auf grundsätzliche Verbesserungs- und Modernisierungsmaßnahmen am städt. Waldfriedhof wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung, insbesondere das Bauamt und die Kämmerei, wird beauftragt, hierfür Konzepte und Lösungsmöglichkeiten zu erstellen und zu präsentieren sowie gegebenenfalls finanzielle Mittel im Haushaltsplan (Finanzplanung) für die Haushaltsvorberatung einzustellen.

TOP 5 Haushaltsausführung 2021/Kommunalabgaben; Straßenentwässerungsbeitragsbescheide der Jahre 2001 - 2010

Beschluss-Nr. 189

Entscheidungsergebnis:
Dafür: 21 Dagegen: 1

Sachverhalt 2. Gremium:

Nachfolgender Sachverhalt war als TOP 11 für die Stadtratssitzung Ende Januar vorgesehen; aufgrund des Antrags der SPD-Fraktion auf Rückstellung und Klärung der Verjährung wurde der Punkt nicht in jener Sitzung behandelt.

Im Nachgang dazu holte die Kämmerei Stellungnahmen sowohl vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband als auch von der Rechtsaufsicht ein, die im Folgenden angeführt werden. Mit dieser Grundlage wurde der Tagesordnungspunkt in der Finanzausschusssitzung am 28. Juli 2021 vorberatend behandelt; der damalige Abrechnungsbeitrag musste aufgrund einer Überarbeitung der ursprünglichen Berechnung des AZV um knapp 5.000 € erhöht werden. Die Straßenentwässerungsbeitragsbescheide der Jahre 2011 – 2019 werden separat nochmals im Finanzausschuss im Vorgriff auf die Haushaltsplanung 2022 entschieden.

Mit Mails vom 04. Dezember 2020 und 08. Januar 2021 informierte der Abwasserzweckverband Kelheim (AZV) den Fachbereich Finanzen über zu bezahlende Straßenentwässerungskostenbeitragsbescheide für den Zeitraum 2001 – 2019. Ebenfalls setzte der Abwasserzweckverband seine Mitgliedsgemeinden in seiner Ausschusssitzung am 16. Dezember 2020 über die ausstehenden Beträge in Kenntnis.

Für die Stadt Kelheim werden vom AZV für

Abrechnung Kanalerneuerungen (01 - 10): 329.206,22 € (alt: 324.349,56 €)
Abrechnung Kanalerneuerungen (11 - 19): 206.545,82 € (fällig 2022)

in Rechnung gestellt.

Die Bescheide über die Straßenentwässerungskostenbeiträge für Kanalerneuerungsmaßnahmen, welche 2001 – 2010 durchgeführt worden sind, sind bei der Stadt Kelheim am 18. Januar 2021 eingegangen.

Stefan Kiehl, Geschäftsführer des AZV, hat zum Sachverhalt folgende Stellungnahme abgegeben:

„Die Entwässerung von Straßen und damit der Bau und die Unterhaltung von Entwässerungsanlagen sind Aufgaben der Straßenbaulastträger. Die Anlagen für die Straßenentwässerung sind Bestandteile der Straße (§ 1 Abs. 4 Nr. 1 FStrG, Art. 2 Nr. 1 Buchst. a BayStr.WG).

Entsprechend den Ortsdurchfahrtsrichtlinien für Bundes-, Staats- und Kreisstraßen ist es für die Gemeinden zweckmäßig, keine eigenen Straßenwasserkanäle zu bauen, sondern das Straßenwasser über die öffentliche Kanalisation abzuleiten. Der Straßenbaulastträger beteiligt sich entsprechend an den Kosten für die Herstellung einer gemeindlichen Kanalisation

oder der Erneuerung von Grund auf mit dem Betrag, den es für die Herstellung oder Erneuerung einer eigenen Anlage zu Entwässerung der Fahrbahn hätte aufwenden müssen.

Seit 1984 beteiligen sich die Mitgliedsgemeinden an den Kosten für den Bau neuer Kanäle welche auch der Ableitung des Niederschlagswassers von öffentlichen Straßen dient. Nach der Erneuerung des Kanals in der Regensburger Straße in Kelheim erhielt der Zweckverband im Oktober 2020 vom Straßenbauamt Landshut den Kostenanteil für die Straßenentwässerung überwiesen.

Die Verwaltung des Zweckverbandes wurde daraufhin aufmerksam, dass bisher nur bei einem Neubau eines Kanals der Straßenentwässerungsbeitrag von den Mitgliedsgemeinden entrichtet wurde. Bei einer telefonischen Nachfrage beim BKPV (Bayerischer Kommunalen Prüfungsverband) teilte die zuständige Sachbearbeiterin Frau Schmitt mit, dass grundsätzlich der Straßenbaulastträger auch bei einer Erneuerung eine Kostenbeteiligung zu leisten hätte. Da es sich um eine Vereinbarung zwischen den Mitgliedsgemeinden und dem Zweckverband handelt, ist hier eine Verjährung ausgeschlossen.

Aus diesem Grund erstellte der Zweckverband zur Abwasserbeseitigung im Raume Kelheim eine Aufstellung über die Kanalbaumaßnahmen der Jahr 2001 – 2019 bei denen der Kanal erneuert wurde.

In Absprache mit den Mitgliedsgemeinden werden die jeweiligen Bescheide für die entsprechenden Kanalerneuerungsmaßnahmen nach den damalig gültigen Beitragssätzen versandt."

Die Stadt Kelheim ist Träger der Straßenbaulast für die Gemeindestraßen und somit auch zuständig für die Straßenentwässerung. Hierzu werden die Entwässerungsanlagen des AZV (Kanäle, Kläranlage) mitbenutzt. Ansonsten müsste die Stadt eigene Entwässerungsanlagen errichten. Die Kosten wurden im Zeitraum ab 2000 vom AZV bisher nicht berechnet.

Daraufhin nahm die Kämmerei Kontakt zum Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband und der Rechtsaufsicht des Landkreises Kelheim auf, um der Frage nach einer möglichen Verjährung und somit dem Wegfall einer Zahlungsverpflichtung nachzugehen.

Am 3. März 2021 erhielt die Kämmerei folgende umfassende Stellungnahme des BKPV:

„Der AZV macht einen Anspruch auf Kostenbeteiligung für die Straßenentwässerung gegen die Stadt Kelheim für den Zeitraum 2001 – 2019 als Straßenbaulastträger mittels Straßenentwässerungskostenbeitragsbescheiden geltend. Fraglich ist, auf welcher Rechtsgrundlage dies erfolgt. Nach Ihrer Auskunft wurden auch keine Vereinbarungen getroffen oder einvernehmliche Beschlüsse der Gremien gefasst. In der von Ihnen beigefügten Entscheidung des BVerwG wird der Anspruch auf Art. 104a Abs. 2 GG gestützt. Eine vergleichbare Rechtsgrundlage ist im BayStrWG und im FStrG nicht enthalten. In Betracht kommt evtl. ein Anspruch aus auch im öffentlichen Recht anwendbarer Geschäftsführung ohne Auftrag. Dies müsste im Einzelnen geprüft werden.

Unabhängig von einer Anspruchsgrundlage für die Kostenbeteiligung ist die Frage der Verjährung evtl. Ansprüche aufgeworfen. Die Verjährung von öffentlich-rechtlichen Ansprüchen kann nach § 194 ff. BGB oder nach Art. 71 AGBGB zu beurteilen sein. Nach §§ 194 ff. kann die Verjährung dem Anspruch als Einrede entgegengehalten werden, nach Art. 71 AGB erlöschen die Ansprüche. Die Fristen sind gleich.

Nach § 195 BGB unterliegen Ansprüche der regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren. Nach § 199 Abs. 1 BGB beginnt die regelmäßige Verjährung mit dem Schluss des Jahres in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt hat oder ohne grobe Fahrläs-

sigkeit hätte erlangen müssen. Ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis verjähren die Ansprüche in 10 Jahren von ihrer Entstehung an (vgl. § 199 Abs. 4 BGB). Entstanden ist ein Anspruch im Sinn dieser Vorschrift, wenn er vom Gläubiger - notfalls gerichtlich - geltend gemacht werden kann. Dieser Zeitpunkt ist nach der ständigen Rechtsprechung des BGH (vgl. z.B. Rechtsentscheid in Mietsachen vom 19.12.1990, BGHZ 113, 188) mit der Fälligkeit des Anspruchs gleichzusetzen. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass die Verjährung eines Anspruchs gehemmt ist, wenn nach § 203 BGB zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger Verhandlungen über den Anspruch oder die den Anspruch begründenden Umstände schweben.

Nach Art. 71 Abs. 1 Satz 1 AGBGB erlöschen die auf eine Geldzahlung gerichteten öffentlich-rechtlichen Ansprüche 1. des Freistaates Bayern, einer bayerischen Gemeinde oder eines bayerischen Gemeindeverbands, 2. gegen den Freistaat Bayern, eine bayerische Gemeinde oder einen bayerischen Gemeindeverband, soweit nichts anderes bestimmt ist, in drei Jahren. Die Frist beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Berechtigte von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Verpflichteten Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste, jedoch nicht vor dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist. Soweit der Freistaat Bayern, eine bayerische Gemeinde oder ein bayerischer Gemeindeverband berechtigt ist, ist die Kenntnis der zuständigen Behörde erforderlich. Ohne Rücksicht auf die Kenntnis erlischt der Anspruch in 10 Jahren von seiner Entstehung an. Die Hemmungsvorschriften des BGB sind anwendbar.

Die Verjährung für Ansprüche aus öffentlich-rechtlichen Verträgen gemäß Art. 62 Satz 2 BayVwVfG richtet sich nach den Verjährungsvorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches und nicht nach der dreijährigen Erlöschensfrist des Art. 71 Abs. 1 Satz 1 AGBGB (vgl. BayVGH, Beschluss vom 09.02.2000, BayVBl. 2001, 54 - 55). Ansprüche wegen einer Geschäftsführung ohne Auftrag wären ebenfalls nach §§ 194 ff BGB zu beurteilen.

Nach Ihrer Auskunft wurden die Ansprüche auch gegen die anderen Mitgliedsgemeinden nicht geltend gemacht. Da Kostenbeteiligungspflichten der Straßenbaulastträger an der Straßenentwässerung unstreitig bestehen, sollte der Stadtrat entscheiden, ob auch die jedenfalls nach zehn Jahren kenntnisunabhängig verjährten Kosten übernommen werden. Wir geben in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass der AZV die entstandenen Kosten wohl auf seine Mitglieder umlegen müsste, wenn die Einrede der Verjährung erhoben würde und hierdurch ein ungedeckter Finanzbedarf entstünde."

Dieser Stellungnahme wiederum schließt sich das Landratsamt Kelheim (Mail der Rechtsaufsicht v. 19. Mai 2021) an:

Der Stellungnahme des BKPV zur Handhabung der vom AZV im Raume Kelheim gegenüber der Stadt Kelheim erhobenen Straßenentwässerungskostenbeiträge schließen wir uns an und empfehlen eine entsprechende Handhabung anhand dieser.

Dies bedeutet, dass der Stadtrat für die Beiträge, die länger als zehn Jahre zurückliegen und damit kenntnisunabhängig verjährt sind, eine Entscheidung treffen muss, ob die Stadt Kelheim gegenüber dem Abwasserzweckverband die Einrede der Verjährung vollständig erhebt. Wie auch der BKPV in seiner Stellungnahme betont, wäre es aus unserer Sicht nicht sachgerecht, wenn der Zweckverband die gegenüber der Stadt Kelheim entstandenen, aber verjährten Beiträge vollständig auf seine gesamten Mitglieder und damit letztendlich den einzelnen Beitragszahler (damit auch aus anderen Gemeinden) umlegen würde. Deshalb wäre eine Kompromisslösung zwischen der Stadt Kelheim und dem AZV im Raume Kelheim (beispielsweise Übernahme der Hälfte der bereits verjährten Beiträge durch die Stadt Kelheim) rechtsaufsichtlich denkbar.

Vor diesem Hintergrund und aufgrund mehrmaliger Gespräche mit der Rechtsaufsicht vertritt die Kämmerei ebenfalls die Auffassung, dass eine Kompromisslösung für den Abwasserzweckverband, für die beteiligten Kommunen und für die Stadt Kelheim verhältnismäßig und zielführend ist. Unter Kompromisslösung verstehen sowohl die Rechtsaufsicht als auch die Kämmerei eine hälftige Zahlung bzw. hälftige Verjährung. Dies würde zur Folge haben, dass vom Abrechnungsbetrag für die Kanalerneuerungen (2001 - 2010) i. H. v. 329.206,22 € nur 164.603,11 € zu bezahlen wären. Die andere Hälfte könnte vom AZV über ein Umlageverfahren erhoben werden.

Auf Vorschlag des Finanzausschusses fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Für die Abrechnung für die Kanalerneuerungen bzw. die Straßenentwässerungsbeitragsbescheide (2001 – 2010) wird die Einrede der Verjährung geltend gemacht. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Verjährung der Jahre 2011 – 2017 erneut überprüfen zu lassen. Die in Rechnung gestellten Beträge ab 2018 werden anerkannt.

Auf die beigefügten Anlagen (2x) wird verwiesen.

Sachbearbeiter: Rieger, Christian

TOP 6	Bauhof; Beschluss über Verleih- und Verrechnungsentgelte für die Inanspruchnahme von Fahrzeugen, des City-Busses, von sonstigen Geräten und Gegenständen und/oder Leistungen des städtischen Bauhofs
Beschluss-Nr. 190	
<u>Entscheidungsergebnis:</u> Dafür: 21 Dagegen: 0	

Sachverhalt 2. Gremium:

Ziel der „Bauhofpreisliste“ soll sein, eine klare Auflistung aller Bauhofleistungen mitsamt der jeweiligen Preise zu haben, woran sich allen voran Vereine im Zusammenhang mit Veranstaltungen orientieren und entsprechend planen können.

Die Miet- und Verrechnungsentgelte für die Inanspruchnahme von Fahrzeugen, des City-Busses, von sonstigen Geräten und Gegenständen und/oder Leistungen des städtischen Bauhofs werden vorgestellt und im Gremium diskutiert.

Auf Vorschlag des Finanzausschusses fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Miet- und Verrechnungsentgelte für die Inanspruchnahme von Fahrzeugen, des City-Busses, von sonstigen Geräten und Gegenständen und/oder Leistungen des städtischen Bauhofs werden beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Preisliste an den geeigneten Stellen, insbesondere auf der Homepage, zu veröffentlichen und adäquate Ausleihformulare zur Vereinfachung und Verbesserung des Entleihvorgangs zu erstellen. Ferner soll die Verwaltung den aktuellen Benutzungsvertrag vor allem im Hinblick auf die „Tankbedingungen“ sowie die neue Preisgestaltung überarbeiten.

Auf die beigegefügte Anlage wird verwiesen.

Sachbearbeiter: Schnell, Markus

<p>TOP 7 Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB); Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim durch Deckblatt Nr. 33 (Heidäcker-Überarbeitung- Erweiterung); Billigung des Vorentwurfes für die frühzeitige Beteiligung der Öff- entlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB</p> <p style="text-align: center;">Beschluss-Nr. 191</p> <p style="text-align: center;"><u>Entscheidungsergebnis:</u> Dafür: 22 Dagegen: 0</p>
--

Sachverhalt 2. Gremium:

Der Landkreis Kelheim hat die Einleitung eines förmlichen Bauleitplanverfahrens für eine Teilfläche aus dem Grundstück Fl.Nr. 353/6 (vormals – mittlerweile Fl.Nr. 353/11, da zwischenzeitlich eine neue Grundstücksvermessung erfolgt ist) der Gemarkung Affecking bei der Stadt Kelheim beantragt. Der Landkreis Kelheim beabsichtigt auf dieser Teilfläche eine Fläche für eine Erweiterung des Kreisbauhofes zu schaffen.

Mit der Aufstellung des Deckblattes Nr. 33 (Heidäcker – Überarbeitung - Erweiterung) zur Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes werden folgende allgemeine Planungsziele angestrebt:

Durch die Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes sowie die parallele Aufstellung des Bebauungsplanes mit Grünordnungsplan soll die bauplanungsrechtliche Grundlage für die Schaffung eines Baurechtes gelegt werden, ohne die eine baurechtliche Genehmigung für eine Erweiterung des Kreisbauhofes nicht erreicht werden kann. Die Erweiterung des Bauhofgeländes ist für die pflichtgemäße Erledigung der Arbeiten des Kreisbauhofes erforderlich.

Die Darstellung im Flächennutzungsplan soll von einer Fläche für die Landwirtschaft in ein Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO geändert werden. Durch die Änderung der vorbereitenden Bauleitplanung soll die rechtliche Grundlage für die Erweiterung des Kreisbauhofes geschaffen werden.

Der Stadtrat der Stadt Kelheim hat hierzu mit Beschluss Nr. 86 vom 26.04.2021 den Aufstellungsbeschluss gefasst und somit das Flächennutzungs- und Landschaftsplanänderungsverfahren begonnen.

Die Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes Nr. 27 Ü „Heidäcker – Überarbeitung - Erweiterung“ erfolgt im Parallelverfahren.

Der Geltungsbereich des Plangebietes wird wie folgt festgesetzt:

Das Plangebiet umfasst die Grundstücke Fl.Nr. 353/11 sowie Fl.Nr. 353/10 (Teilfläche) der Gemarkung Affecking mit einer Gesamtfläche von 2.751 m² und wird folgendermaßen begrenzt:

Im Norden: Südliche Grundstücksgrenze der Fl. Nr. 353/6 der Gemarkung Affecking;
Im Westen: Östliche Grundstücksgrenzen der Fl. Nrn. 356/2 und 352 der Gemarkung Affecking;
Im Süden: Nördliche Grundstücksgrenzen der Fl. Nrn. 334 und 339 der Gemarkung Affecking;
Im Osten: Westliche Gebäudegrenzen der Fl.Nr. 353/10 der Gemarkung Affecking

Die Vorentwurfsplanung wurde dem Bauausschuss von Landschaftsarchitektin Maxime Winter, vom Stadtplanungsbüro KomPlan aus Landshut, vorgestellt.

Auf Vorschlag des Bauausschusses fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Stadt Kelheim billigt den durch das Stadtplanungsbüro KomPlan, Landshut, erarbeiteten Vorentwurf des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes, Deckblatt Nr. 33 (Heidäcker – Überarbeitung - Erweiterung) i. d. F. vom 25.10.2021 einschließlich Begründung und Umweltbericht i. d. F. vom 25.10.2021 für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB.

Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB einzuleiten.

Sachbearbeiter: Schnell, Markus

**TOP 8 Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB);
Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim durch Deckblatt Nr. 36 (Freiflächenphotovoltaikanlage Thaldorf Mitte II);
Billigung des Vorentwurfes für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB**

Beschluss-Nr. 192

Entscheidungsergebnis:

Dafür: 14 Dagegen: 8

Sachverhalt 2. Gremium:

Mit Schreiben vom 16.06.2021 beantragt die Firma Sonnwerk Energy GmbH, Florianstraße 4, 84381 Johanniskirchen die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Freiflächenphotovoltaikanlage Thaldorf Mitte II“ für die Grundstücke Fl.Nrn. 192 Teilfläche, 1580 Teilfläche, 1580/2 Teilfläche und 1569 der Gemarkung Thaldorf sowie die Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim durch ein Deckblatt.

Die Darstellung im Flächennutzungsplan soll von einer Fläche für die Landwirtschaft (Fl.-Nr. 1569 TF), einem Industriegebiet (Fl.-Nrn. 1569TF und 1580TF) und einem Gewerbegebiet (Fl.-Nr. 192TF) in ein Sondergebiet nach § 11 BauNVO für erneuerbare Energien geändert werden. Durch die Änderung der vorbereitenden Bauleitplanung soll

die rechtliche Grundlage für die Errichtung einer Agri - Freiflächenphotovoltaikanlage geschaffen werden.

Der Stadtrat der Stadt Kelheim hat hierzu mit Beschluss Nr. 165 vom 30.08.2021 den Aufstellungsbeschluss gefasst und somit das Flächennutzungs- und Landschaftsplanänderungsverfahren begonnen.

Mit der Aufstellung des Deckblattes Nr. 36 (Freiflächenphotovoltaikanlage Thaldorf Mitte II) werden folgende allgemeine Planungsziele angestrebt:

Mit der Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim durch das Deckblatt Nr. 36 (Freiflächenphotovoltaikanlage Thaldorf Mitte II), wird die planungsrechtliche Grundlage für die Nutzung erneuerbarer Energien, hier einer Agri - Freiflächenphotovoltaikanlage geschaffen. Der erzeugte Strom soll wenn die Möglichkeit besteht, zur Herstellung von „Grünem“ Wasserstoff, genutzt werden.

Damit wird ein klima- und umweltschonender Beitrag für die Energiegewinnung durch regenerative Energien geleistet.

Die Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes Nr. 128 „Freiflächenphotovoltaikanlage Thaldorf Mitte II“ erfolgt im Parallelverfahren.

Der Änderungsbereich des Plangebietes wird wie folgt festgesetzt:

Das Plangebiet, das an bestehende an der Bahnlinie Regensburg-Ingolstadt liegende Freiflächenphotovoltaikanlagen südlich der Hauptstraße anschließt, umfasst die Grundstücke Fl.Nrn. 192 Teilfläche, 1580 Teilfläche, 1580/2 Teilfläche und 1569 der Gemarkung Thaldorf mit einer Größe von insgesamt 257.144,56 m².

Das Plangebiet wird folgendermaßen begrenzt:

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenzen Fl.Nr. 1569 der Gemarkung Thaldorf, Fl.Nr. 1580 der Gemarkung Thaldorf und Fl.Nr. 192 der Gemarkung Thaldorf;
Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 192 Gemarkung Thaldorf;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenzen Fl.Nr 1569 der Gemarkung Thaldorf, Fl.Nr. 1580 der Gemarkung Thaldorf und Fl.Nr. 192 der Gemarkung Thaldorf;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 1569 der Gemarkung Thaldorf.

Die Vorentwurfsplanung wurde dem Bauausschuss von Frau Beatrice Schötz und Frau Sarah Härtl, vom Landschaftsarchitekturbüro LandSchafttRaum, Äußere Neumarkter Straße 80, 84453 Mühldorf am Inn vorgestellt.

Auf Vorschlag des Bauausschusses fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Stadt Kelheim billigt den durch das Landschaftsarchitekturbüro LandSchafttRaum, Äußere Neumarkter Straße 80, 84453 Mühldorf am Inn erarbeiteten Vorentwurf des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes, Deckblatt Nr. 36 (Freiflächenphotovoltaikanlage Thaldorf Mitte II) i. d. F. vom 25.10.2021 einschließlich Begründung und Umweltbericht i. d. F. vom 25.10.2021 für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB.

Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB einzuleiten.

Sachbearbeiter: Schnell, Markus

<p>TOP 9 Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB); Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim durch Deckblatt Nr. 38 (Freiflächenphotovoltaikpark Staubing); Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB</p> <p style="text-align: center;">Beschluss-Nr. 193</p> <p style="text-align: center;"><u>Entscheidungsergebnis:</u> Dafür: 11 Dagegen: 11</p>
--

Sachverhalt 2. Gremium:

Mit Schreiben vom 30.09.2021 beantragt die Firma SÜDWERK Projektgesellschaft mbH, Sternshof 1, 96224 Burgkunstadt die Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim für die Grundstücke Fl.Nrn. 212, 213, 214, 215, 244, 245, 246, 247, 258, 784, 790, 790/1, 794, 795, 810, 810/4 813, 814, 821, 828, 831, 832, und 833 der Gemarkung Staubing.

Die Darstellung im Flächennutzungsplan soll von einer Fläche für die Landwirtschaft in ein Sondergebiet für erneuerbare Energien (Freiflächenphotovoltaikanlage) nach § 11 Abs. 2 BauNVO geändert werden. Durch die Änderung der vorbereitenden Bauleitplanung soll die rechtliche Grundlage für die Errichtung eines Freiflächenphotovoltaikparks in Staubing, der aus 11 Teilflächen bestehen soll, geschaffen werden. Die Fortschreibung erfolgt mittels Deckblatt Nr. 38. Parallel dazu soll die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes erfolgen. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan soll gemäß des Verzeichnisses der Stadt Kelheim die Nummer 130 erhalten. Durch die Bebauungsplanaufstellung soll ein Sondergebiet für erneuerbare Energien (Freiflächenphotovoltaikanlage) nach § 11 Abs. 2 BauNVO ausgewiesen werden. Der Antragsteller hat nach eigenen Angaben bereits Pachtverträge mit den Grundstückseigentümern geschlossen und der Stadt Kelheim Kopien hiervon vorgelegt. Weiterhin hat der Antragsteller der Stadt Kelheim ein Konzept zu der geplanten Freiflächenphotovoltaikanlage vorgelegt, in dem das Vorhaben genauer vorgestellt und dargestellt wird.

Die Leistung der Anlage soll 60.000 kWp beantragen und ca. 61.800.000 kWh Strom pro Jahr produzieren. Hiermit werden pro Jahr ca. 37.100 Tonnen CO² eingespart. Damit können rechnerisch ca. 1.478 durchschnittliche Personen mit Energie versorgt werden.

Sämtliche Kosten, die in Verbindung mit der Änderung der Bauleitplanung anfallen, werden laut Antrag vom 30.09.2021 und des abgeschlossenen Kostenübernahmevertrages vom 05.10.2021 vom Vorhabenträger, der Firma SÜDWERK Projektgesellschaft mbH, Sternshof 1, 96224 Burgkunstadt, getragen.

Zur Regelung der weiteren Details ist von Seiten der Stadt Kelheim mit dem Vorhabenträger der Firma SÜDWERK Projektgesellschaft mbH, Sternshof 1, 96224 Burgkunstadt ein Durchführungsvertrag/Städtebaulicher Vertrag, in Verbindung mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes abzuschließen. In diesem Vertrag werden die

weiteren Einzelheiten zum Vorhaben und zu dessen Erschließung geregelt. Weiterhin ist in Verbindung mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ein Vorhaben- und Erschließungsplan durch den Vorhabenträger erstellen zu lassen.

Folgender Beschlussvorschlag wird auf Vorschlag des Bauausschusses dem Stadtrat vorgestellt:

Die Stadt Kelheim beschließt die Aufstellung des Deckblattes Nr. 38 (Freiflächenphotovoltaikpark Staubing) zur Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes nach § 2 Abs. 1 BauGB.

Der Geltungsbereich des Plangebietes der aus 11 Teilflächen besteht, wird wie folgt festgesetzt:

Das Plangebiet umfasst die Grundstücke Fl.Nrn. 212, 213, 214, 215, 244, 245, 246, 247, 258, 784, 790, 790/1, 794, 795, 810, 810/4 813, 814, 821, 828, 831, 832 und 833 der Gemarkung Staubing und besteht aus 11 Teilflächen mit verschiedenen Größen. Der gesamte Geltungsbereich der Planung hat eine Größe von insgesamt ca. 55,3 Hektar.

Teilfläche 1 (82.910 m²):

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 258 der Gemarkung Staubing;
Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 258 Gemarkung Staubing;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 258 der Gemarkung Staubing;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 258 der Gemarkung Staubing.

Teilfläche 2 (26.661 m²):

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 244, 245 und 246 der Gemarkung Staubing;
Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 246 und 247 der Gemarkung Staubing;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 244, 245 und 247 der Gemarkung Staubing;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 244 der Gemarkung Staubing.

Teilfläche 3 (64.714 m²):

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 215 der Gemarkung Staubing;
Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 212, 213, 214 und 215 der Gemarkung Staubing;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 212 der Gemarkung Staubing;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 212, 213, 214 und 215 der Gemarkung Staubing.

Teilfläche 4 (41.123 m²):

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 784 der Gemarkung Staubing;
Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 784 Gemarkung Staubing;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 784 der Gemarkung Staubing;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 784 der Gemarkung Staubing.

Teilfläche 5 (75.197 m²):

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 790 der Gemarkung Staubing;

Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 790 und 790/1 der Gemarkung Staubing;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 790 der Gemarkung Staubing;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 790 der Gemarkung Staubing.

Teilfläche 6 (45.406 m²):

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 814 der Gemarkung Staubing;
Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 813 und 814 der Gemarkung Staubing;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 813 der Gemarkung Staubing;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 813 und 814 der Gemarkung Staubing.

Teilfläche 7 (43.280 m²):

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 821 der Gemarkung Staubing;
Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 821 der Gemarkung Staubing;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 821 der Gemarkung Staubing;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 821 der Gemarkung Staubing.

Teilfläche 8 (34.926 m²):

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 810 der Gemarkung Staubing;
Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 810 und 810/4 der Gemarkung Staubing;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 810/4 der Gemarkung Staubing;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 810 und 810/4 der Gemarkung Staubing.

Teilfläche 9 (80.490 m²):

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 794 der Gemarkung Staubing;
Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 794 und 795 der Gemarkung Staubing;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 795 der Gemarkung Staubing;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 794 und 795 der Gemarkung Staubing.

Teilfläche 10 (23.803 m²):

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 828 der Gemarkung Staubing;
Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 828 der Gemarkung Staubing;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 828 der Gemarkung Staubing;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 828 der Gemarkung Staubing

Teilfläche 11 (34.730 m²):

Im Norden: nördliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 831 der Gemarkung Staubing;
Im Osten: östliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 831, 832 und 833 der Gemarkung Staubing;
Im Süden: südliche Grundstücksgrenze Fl.Nr. 833 der Gemarkung Staubing;
Im Westen: westliche Grundstücksgrenze Fl.Nrn. 831, 832 und 833 der Gemarkung Staubing

Mit der Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim durch Deckblatt Nr. 38 (Freiflächenphotovoltaikpark Staubing) werden folgende allgemeine Planungsziele angestrebt:

Das Plangebiet wird als „Sondergebiet erneuerbare Energien (SO)“ nach § 11 BauNVO zur Schaffung eines Freiflächenphotovoltaikparks aufgeteilt in 11 Teilflächen ausgewiesen.

Mit der Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes durch Deckblatt Nr. 38 (Freiflächenphotovoltaikpark Staubing) wird die planungsrechtliche Grundlage für die Nutzung erneuerbarer Energien, hier in Form von mehreren Freiflächenphotovoltaikanlagen, geschaffen.

Damit wird ein klima- und umweltschonender Beitrag für die Energiegewinnung durch regenerative Energien geleistet.

Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes Nr. 130 „Freiflächenphotovoltaikpark Staubing“ erfolgt im Parallelverfahren.

In Verbindung mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes Nr. 130 „Freiflächenphotovoltaikpark Staubing“ ist ein Vorhaben- und Erschließungsplan durch den Vorhabenträger zu erarbeiten, sowie ein Durchführungsvertrag/Städtebaulicher Vertrag zwischen dem Planungsträger der Stadt Kelheim und dem Vorhabenträger abzuschließen. In diesem Vertrag werden alle Details zum Vorhaben und zu dessen Erschließung geregelt.

Auf die Aufstellung von Bauleitplänen und städtebaulichen Satzungen besteht kein Anspruch. Ein Anspruch kann auch nicht durch Vertrag begründet werden (§ 1 Abs. 3 BauGB).

Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Erster Bürgermeister Schweiger ließ über den Beschlussvorschlag des Bauausschusses abstimmen. Aufgrund des Abstimmungsergebnisses von 11:11 gilt der Beschlussvorschlag des Bauausschusses gemäß § 31 der Geschäftsordnung der Stadt Kelheim als abgelehnt.

Entgegen dem Vorschlag des Bauausschusses fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

Die Stadt Kelheim lehnt die Aufstellung des Deckblattes Nr. 38 (Freiflächenphotovoltaikpark Staubing) zur Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes nach § 2 Abs. 1 BauGB ab.

**TOP 10 Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB);
Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der
Stadt Kelheim durch Deckblatt Nr. 28 (Freiflächenphotovoltaikan-
lage Nördlich Schultersdorf);
Vorstellung der Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Öff-
entlichkeit und der Behörden nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1
BauGB und Grundsatzentscheidung über die Fortführung des Ver-
fahrens**

Beschluss-Nr. 194

Entscheidungsergebnis:

Dafür: 22 Dagegen: 0

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 24.04.2017 beantragte Herr Josef Keil, Marienplatz 1, 93309 Kelheim die Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim für das Grundstück Fl.Nr. 819 der Gemarkung Kapfelberg, sowie die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes zur Verwirklichung einer Freiflächenphotovoltaikanlage auf dem Grundstück Fl.Nr. 819 der Gemarkung Kapfelberg.

Die Darstellung im Flächennutzungs- und Landschaftsplan soll von einer Fläche für die Landwirtschaft in ein Sondergebiet für erneuerbare Energien geändert werden. Durch die Änderung der vorbereitenden Bauleitplanung soll die rechtliche Grundlage für die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage geschaffen werden. Die Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes erfolgt mittels Deckblatt Nr. 28. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes Nr. 121 „Freiflächenphotovoltaikanlage nördlich Schultersdorf“ erfolgt im Parallelverfahren.

Der Stadtrat der Stadt Kelheim hat den für den Beginn des Verfahrens erforderlichen Aufstellungsbeschluss in seiner Sitzung am 29.05.2017 gefasst. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 09.06.2017 ortsüblich öffentlich bekannt gemacht.

Das Deckblatt Nr. 28 (Freiflächenphotovoltaikanlage Nördlich Schultersdorf) zum Flächennutzungs- und Landschaftsplan der Stadt Kelheim wurde vom Stadtrat der Stadt Kelheim mit Beschluss vom 25.01.2021 für die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB gebilligt.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wurde von 15.07.2021 bis 25.08.2021 durchgeführt. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden wurde am 21.07.2021 eine Bürgerinformationsveranstaltung in Schultersdorf abgehalten, an der ca. 120 Bürger von Schultersdorf und den umliegenden Ortsteilen teilgenommen haben. Den teilnehmenden Bürgern wurde in diesem Zuge die Planung noch einmal ausführlich vorgestellt. Im Zuge der Bürgerinformationsveranstaltung wurde jedoch durch die Wortmeldungen und Meinungsbekundungen der Bürger deutlich, dass die geplante Freiflächenphotovoltaikanlage nördlich von Schultersdorf von fast allen teilnehmenden Bürgern aufgrund des nicht geeigneten Standortes vollständig abgelehnt wird.

Im Zuge der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Bürger nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wurden folgende schriftliche Stellungnahmen von den Fachstellen und von den Bürgern abgegeben:

Keine Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung wurde abgegeben von:

- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Bund Naturschutz, Kreisgruppe Kelheim
- Deutsche Post AG
- Deutsche Telekom Technik GmbH
- Bayernwerk Netz GmbH
- Telefonica Germany GmbH
- Energienetze Bayern GmbH & Co KG
- Landesbund für Vogelschutz
- Stadtwerke Kelheim
- Landratsamt Kelheim, Abt. Wasserrecht
- Landratsamt Kelheim, Abt. Feuerwehrwesen
- Landratsamt Kelheim, Abt. Kreisstraßenverwaltung
- Landratsamt Kelheim, Abt. Gesundheitswesen
- Landratsamt Kelheim, Abt. Abfallrecht Kommunal
- Landratsamt Kelheim, Abt. Straßenverkehrsrecht
- Stadt Kelheim, Bauverwaltung
- Stadt Kelheim, Bautechnik
- Stadt Kelheim, Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Stadt Kelheim, Finanzen
- Stadt Abensberg
- Markt Bad Abbach
- Gemeinde Hausen
- Gemeinde Ihrlerstein
- Markt Langquaid
- Gemeinde Teugn

Stellungnahmen der Fachstellen ohne Einwendungen:

- Handwerkskammer Niederbayern – Oberpfalz
- Landratsamt Kelheim – Bauplanungsrecht-
- Landratsamt Kelheim – Städtebau-
- Wasserwirtschaftsamt Landshut
- IHK Regensburg
- Regierung von Niederbayern –Gewerbeaufsichtsamt-
- Staatliches Bauamt Landshut
- Zweckverband zur Abwasserbeseitigung im Raume Kelheim
- Evangelisches Pfarramt
- O2 Telefonica
- Gemeinde Ihrlerstein
- Markt Painten
- Stadt Riedenburg
- Gemeinde Saal
- Gemeinde Sinzing
- Stadt Neustadt

Stellungnahmen der Fachstellen mit Einwendungen oder Hinweisen:

Regierung von Niederbayern, Höhere Landesplanung

„die Stadt Kelheim beabsichtigt die Änderung des Flächennutzungsplanes mit Deckblatt Nr. 28 um erste bauplanungsrechtliche Voraussetzungen für die Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage zu schaffen.

Ziele (Z) der Raumordnung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB nach sich ziehen, sowie Grundsätze (G) der Raumordnung die zu berücksichtigen sind:

Erneuerbare Energien sind verstärkt zu erschließen und zu nutzen (LEP 6.2.1 Z).

Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden (LEP 6.2.3 G).

Bewertung:

Nach dem Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) dienen die verstärkte Erschließung und Nutzung der erneuerbaren Energien – Windkraft, Solarenergie, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie – dem Umbau der bayerischen Energieversorgung und dem Klimaschutz (vgl. LEP 6.2.1 (B)). Mit der Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage kann ein Beitrag zum Bayerischen Energiekonzept „Energie Innovativ“ geleistet werden, wonach die Anteile der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Bayern gesteigert werden sollen. Insofern entspricht die vorgelegte Bauleitplanung den Erfordernissen der Raumordnung.

Da Freiflächen-Photovoltaikanlagen das Landschafts- und Siedlungsbild beeinträchtigen können, sollen sie auf vorbelastete Standorte gelenkt werden. Hierzu zählen z. B. Standorte entlang von Infrastruktureinrichtungen (Verkehrswege, Energieleitungen, etc.) oder Konversionsstandorte (vgl. LEP 6.2.3 (B)). Die gewählte Fläche für die Errichtung einer neuen Freiflächenphotovoltaikanlage liegt rund 400 m nördlich des Ortsteils Schultersdorf und wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. Im näheren Umfeld befinden sich weder nennenswerte Verkehrswege noch größere Energieleitungen. Eine Vorbelastung im Sinne des LEP liegt damit nicht vor. Die Standortwahl kann deshalb aus landesplanerischer Sicht nicht nachvollzogen werden. Der Stadt wird die Ausweisung einer Sondergebietsfläche zur Nutzung von erneuerbaren Energien an einem geeigneteren Standort empfohlen.“

Regionaler Planungsverband Regensburg

„Dem Grunde nach entspricht das Vorhaben dem Kapitel X –Energieversorgung des Regionalplans der Region Regensburg, wonach der weitere Ausbau der Energieversorgung in allen Teilräumen der Region ein ausreichendes, möglichst vielfältiges, preisgünstiges und umweltverträgliches Energieangebot sicherstellen soll.

Daneben sollen aber für die Land- und Forstwirtschaft geeignete Flächen gem. B III 1.1 des Regionalplans nur im unbedingt notwendigen Umfang für andere Nutzungen vorgesehen werden. Gem. der Begründung zu B III 1.1 des Regionalplans sollen diese Böden zur Erhaltung der Ernährungsgrundlage geschont werden.

Gem. der landwirtschaftlichen Standortkartierung (LSK) herrschen im Bereich der geplanten Photovoltaikanlage günstige Erzeugungsbedingungen vor. Durch das Vorhaben kommt es zu einem Verlust an landwirtschaftlich genutzter Fläche, die nicht direkt kompensiert werden kann.

Vor diesem Hintergrund kommt den Stellungnahmen der Fachstellen der Landwirtschaft eine hohe Relevanz zu. Diese ist im Zuge der Abwägung entsprechend angemessen zu würdigen.“

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

„das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Abensberg erhebt gegen keine Einwände gegen die Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplans.

Aus unserer Sicht sollten jedoch folgende Punkte bei der weiteren Planung beachtet werden:

Von der Planung der PV-Freiflächenanlage „Nördlich Schultersdorf“ ist die Gesamtfläche des Flurstücks 819 (Gemarkung Kapfelberg) betroffen. Die überplante Fläche beträgt damit rund 9,3 Hektar.

Die Fläche, die eine mäßige – mittlere Bonität aufweist, wird mit dem geplanten Vorhaben der landwirtschaftlichen Produktion bzw. der Nahrungsmittelerzeugung langfristig entzogen. Nach Aufgabe der Nutzung als Photovoltaikfreiflächenanlage sollte daher ein Rückbau der Anlagen vorgesehen und die Gesamtfläche wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung verfügbar gemacht werden.

Die in Zusammenhang mit der Anlage geplanten Ausgleichsflächen sollten ebenfalls in eine landwirtschaftliche Nutzung zurückgeführt werden oder zumindest nach Auslaufen der Bindungsfristen für anderweitige Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung stehen um einen weiteren Zugriff auf landwirtschaftliche Flächen zu vermeiden. Zu den Ausgleichsmaßnahmen kann im Detail noch keine Aussage getroffen werden, da der entsprechende Bebauungs- bzw. Grünordnungsplan noch nicht vorliegt.

Wir weisen an dieser Stelle jedoch darauf hin, dass in der Begründung zur Änderung des FNP (unter Punkt 5.4) aus Sichtschutzgründen massive Bepflanzungen im Süden bzw. Südwesten der geplanten PV-Anlage beschrieben werden. Diese Bepflanzungen würden im Falle der Nutzungsaufgabe der PV-Anlage und einem entsprechenden Rückbau zu erheblichen Bewirtschaftungsschwernissen zur westlich gelegenen Fläche hin führen. Gleichzeitig führt eine entsprechende Bepflanzung zur Beschattung der Flächen, was eine nachfolgende ldw. Nutzung ebenso negativ beeinflussen würde. Aus unserer Sicht müsste insofern bei einer Nutzungsaufgabe auch diese Bepflanzung wieder entfernt werden.

Während der Bauphase und dem Betrieb der PV-Anlage darf die Bewirtschaftung der umliegenden land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen nicht beeinträchtigt werden.“

Bayerisches Landesamt für Umwelt

„mit Schreiben vom 15.07.2021 geben Sie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LFU) Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der o. g. Planänderung.

Als Landesfachbehörde befassen wir uns v. a. mit umweltbezogenen Fachfragen bei Planungen und Projekten mit überregionaler und landesweiter Bedeutung, mit Grundsatfragen von besonderem Gewicht sowie solchen Fachbelangen, die von örtlichen oder regionalen Fachstellen derzeit nicht abgedeckt werden (z. B. Rohstoffgeologie, Geotopschutz, Geogefahren).

Von den vorgenannten Belangen werden keine berührt.

Zu den örtlich und regional zu vertretenden Belangen des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des technischen Umweltschutzes verweisen wir auf die Stellungnahmen des Landratsamtes Kelheim (Untere Naturschutzbehörde und Untere Immissions-schutzbehörde). Die Belange der Wasserwirtschaft und des vorsorgenden Bodenschutzes werden vom Wasserwirtschaftsamt Landshut wahrgenommen. Diese Stellen beraten wir bei besonderem fachspezifischem Klärungsbedarf im Einzelfall.“

Landratsamt Kelheim, Untere Naturschutzbehörde

Hinsichtlich der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bestehen gegen die Änderungen des Deckblattes Bedenken – vor allem da konkrete Aussagen zum speziellen Artenschutz bisher fehlen und die Anlage auf einem nicht vorbelasteten Standort in der freien Natur geplant ist. Wir bitten die nachfolgenden Punkte im weiteren Verfahren zu berücksichtigen:

Artenschutzrecht:

Bei der geplanten Freiflächen-Photovoltaikanlage kann aufgrund der Flächengröße und der Lage in der freien Natur nicht pauschal ausgeschlossen werden, dass artenschutzrechtliche Verbotstatbestände berührt werden. V. a. (Teil) Lebensräume bodenbrüten-

der Arten des Offenlandes können bei Verwirklichung des Vorhabens betroffen sein. Um sicherzustellen, dass der Verwirklichung der Planung keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände als unüberwindliche Vollzugshinweise entgegenstehen, sind die Aussagen zum speziellen Artenschutz zu ergänzen.

Umweltbericht:

Schutzgut Arten und Lebensräume – Fauna:

Die landwirtschaftliche Nutzung der Fläche schließt u. a. das Vorkommen bodenbrütender Vogelarten nicht aus. Ohne genauere Betrachtung können Auswirkungen auf das Schutzgut Tier vorerst nicht ausgeschlossen werden. Es kann auch i.d.R. nicht davon ausgegangen werden, dass die PV-Anlage eine für Bodenbrüter geeigneten Lebensraum darstellt.

Schutzgut Arten und Lebensräume – Flora:

Um das Vorkommen von lokal bis landesweit bedeutsamen Pflanzenarten ausschließen zu können, sollte in den Unterlagen ergänzt werden, dass das Vorkommen von Ackerwildkräutern im Rahmen der Bestandsaufnahme überprüft wurde.

Planungsalternativen-Standortalternativen:

Bei der Prüfung der Standortalternativen sollte auch der Grundsatz des Landesentwicklungsprogramms, dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden sollen berücksichtigt werden. In der beschriebenen Abschichtung geeigneter Flächen im Gemeindegebiet ist nicht erkennbar, ob unter den verbleibenden Standorten auch vorbelastete Standorte sind.

Hinweis zur Abhandlung der Eingriffsregelung im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung:

Bei Ermittlung des Ausgleichsbedarfs sind insbesondere Auswirkungen auf das Landschaftsbild, die Erholung in der freien Landschaft und die Zerschneidung von ungestörter freier Landschaft sowie die Beeinträchtigung der Tierwelt durch Lebensraumzerschneidung und durch direkte Beeinträchtigung bestimmter Arten zu berücksichtigen.

Bei Photovoltaikanlagen liegt der Kompensationsfaktor für Anlagen auf ökologisch nicht besonders sensiblen Standorten und wenn sie zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes führen, in der Regel bei 0,2. Eingriffsminimierende Maßnahmen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Anlage können den Kompensationsbedarf verringern. Die Verringerung kann nur durch ein umfassendes Minimierungskonzept erzielt werden. Vorgesehene Ausgleichsmaßnahmen können nicht gleichzeitig als eingriffsminimierende berücksichtigt werden.“

Landratsamt Kelheim, Untere Immissionsschutzbehörde

„Geplant ist durch die Änderung des Flächennutzungsplanes durch Deckblatt Nr. 28 die Nutzung eines bisher als landwirtschaftliche Nutzfläche genutzten Flurstücks für Freiflächenphotovoltaik zu ermöglichen.

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht sind bei der Planung von Freiflächenphotovoltaik, diese bezüglich ihrer möglichen Blendwirkung zu beurteilen. Diese tritt insbesondere in Abständen von unter 100 m und in direkt östliche und westliche Richtung auf. Bei dem bestehenden Abstand von deutlich mehr als 100 m zu den nächstgelegenen Immissionssorten kann nicht von einer relevanten Blendwirkung durch die geplante Nutzung ausgegangen werden.

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes.“

Landratsamt Kelheim, Staatliches Abfallrecht

„Im Geltungsbereich der vorgenannten Änderungen des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes ist beim Landratsamt Kelheim, Sachgebiet Wasserrecht, staatl. Abfallrecht, Bodenschutzrecht, keine Altlastenverdachtsfläche, Altlast bekannt.

Diese Feststellung bestätigt nicht, dass die Flächen frei von jeglichen Altlasten oder schädlichen Bodenverunreinigungen sind. Durch die Jahrzehnte lange Nutzung kann es auf einzelnen Flächen punktuell oder kleinflächig zu einer schädlichen Bodenverunreinigung oder Ablagerungen gekommen sein. Bodenverunreinigungen sind dem Landratsamt Kelheim, Sachgebiet Wasserrecht, staatl. Abfallrecht, Bodenschutzrecht, zu melden. Insbesondere verliefen quer durch das heutige Feld früher ein Weg, sowie eine Geländevertiefung, welche eingeebnet wurden. Der Verlauf ist im aktuellen Luftbild noch erkennbar. Weiter kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass von den Kampfhandlungen im April 1945 noch Rückstände ggf. Blindgänger vorhanden sind.“

Bayerischer Bauernverband

„Die geplante Photovoltaikanlage grenzt an landwirtschaftliche Nutzflächen. Die ordnungsgemäße Bewirtschaftung dieser Flächen muss weiterhin sichergestellt sein. Weitere Bedenken werden von Seiten des Bayerischen Bauernverbandes zum Planungsstand vom 28.06.2021 nicht erhoben.“

Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern mit Einwendungen:

Gleichlautende Stellungnahme (Widerspruch) von 116 Bürgerinnen und Bürgern

„ich widerspreche fristgerecht den Änderungen am Flächennutzungs- und Landschaftsplan. Als Anwohner bin ich unmittelbar von der geplanten Änderung betroffen und widerspreche dieser daher mit folgender Begründung:

Die Fläche ist völlig ungeeignet für eine PV Freiflächenanlage und stellt einen Raubbau an intakter Kulturlandschaft dar.

Der Standort befindet sich auf einem weithin einsehbaren Geländerücken mit Hanglage, außerdem befindet sich auch der höchste Punkt des Höhenzuges mitten in dem Feld. Daraus folgt, dass eine PV Anlage auf diesem Standort das Landschaftsbild in der Umgebung dominieren und zerstören würde. So fordert auch das Bayerische Landesamt für Umwelt, „auf die Errichtung von (PV) Anlagen auf weit einsehbaren Hangflächen, beispielsweise in traditionellen, kleinstrukturierten Kulturlandschaften,...zu verzichten.“ (Vgl. Praxisleitfaden für ökologische Gestaltung von Freiflächen PV Anlagen).

Der in der Informationsveranstaltung am 21. Juli 2021 in Schultersdorf angesprochene notwendige Sichtschutz in Form einer 15 m hohen Hecke und einer Gewebeplane zeigt die exponierte Lage der PV Fläche in der freien Natur.

Weiterhin befindet sich der Standort nicht in landwirtschaftlich benachteiligtem Gebiet. Eine entsprechende Einteilung wurde bereits 2019 geändert, seitdem ist die Gemarkung Kapfelberg kein landwirtschaftlich benachteiligtes Gebiet mehr. Hintergrund dieses Status ist, den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaften sicherzustellen. Die geplante PV Anlage, die nur durch eine veraltete Einteilung über das EEG förderfähig wäre, erhält aber die Kulturlandschaft nicht, sondern zerstört sie vielmehr.

Entscheidend für die Nicht-Eignung der Fläche ist die Zersiedelung und damit Zerstörung der nahezu intakten Kulturlandschaft in der Umgebung des Standortes. Eine Genehmigung auf diesem Standort schafft einen Präzedenzfall, nach dem in Schultersdorf und Umgebung jeder Standort für eine PV Anlage geeignet wäre. Ziel der Energiewende kann es jedoch nicht sein, einen Flickenteppich von PV Freiflächen zu schaffen und damit die Natur und das Landschaftsbild zu zerstören.

Vielmehr sollen PV-Freiflächenanlagen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden (LEP (G) 6.2.3). Das LEP erwähnt hier in der Begründung ausdrücklich Verkehrswege, Energieleitungen oder Konversationsstandorte, jeweils mit dem Ziel, ungestörte Landschaftsteile zu schützen.

Eine Genehmigung hätte weiterhin unmittelbar negative Folgen für das örtliche Pachtgefüge. Verpachtungen für PV Anlagen erzielen ein Vielfaches an Pachtertrag im Ver-

gleich zu landwirtschaftlich genutzten Flächen. Für die örtlichen Landwirte, die auf Zupachtung angewiesen sind, würde die ein zusätzliches Hindernis für eine lohnende Bewirtschaftung darstellen.

Ich beantrage deshalb, unter Berücksichtigung der genannten Gründe die Fortführung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanänderungsverfahrens sowie des Bebauungsplanaufstellungsverfahrens abzulehnen und damit eine Änderung der Fläche in ein Sondergebiet für erneuerbare Energien zu verhindern.“

Stellungnahme eines weiteren Bürgers/Bürgerin

„Ich bin grundsätzlich gegen Außenanlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen und schließe mich hiermit der Meinung des Bund Naturschutzes an. Mit diesem Einspruch möchte ich näher auf die Auswirkungen für die Landwirtschaft eingehen.

1. Sollte die Photovoltaik als Konkurrent im Wettbewerb um Wiesen und Felder auftreten, wird das große Dilemma unausweichlich sein, dass Pachtpreise für landwirtschaftliche Nutzung ins Unendliche steigen. Ein Biobauer, der Lebensmittel produziert, kann da nicht mehr mithalten.

2. Es wird massiv der Fall sein, dass sich sehr viele weitere Investoren um Flächen bei uns und rund um Kelheim bewerben werden, wenn der Stadtrat hier das Tor öffnet.

3. Der Kelheimer Bevölkerung wird dann bald zugemutet werden müssen, Biolebensmittel auch aus Übesee einzuführen, wenn bei uns kein Platz mehr für die eigentliche Landwirtschaft ist.

4. Landwirte werden künftig keine andere Wahl mehr haben und Flächen als Photovoltaik umnutzen d. h. Anträge stellen, um mit den Pachtpreisen mitzuhalten. Die Aussage des Herrn Bürgermeister, dass man ja die nächsten Anträge gleich ablehnen kann, ist irritierend und bedarf weiterer öffentlicher Klärung.

Natürlich sind die weiteren Gründe, die bereits in der Bürgerinfo gegen die Freiflächenanlage vorgetragen worden sind, gleichfalls wichtig und bedeutend.

Es gibt ausreichend viele Alternativen in Kelheim, großflächig Photovoltaik einzusetzen, d. h. vorbelastete oder versiegelte Standorte oder Hausdächer stehen genügend zu Verfügung. Starten Sie doch in Kelheim eine Kampagne und werben für Photovoltaikanlagen auf Dächern und versiegelten Flächen. Das wäre auf jeden Fall die intelligentere Lösung und sie kämen mit den Bürgern in einen positiven Meinungsaustausch.

Es gibt keine Grund und keinen Nutzen für die Bürger und Bürgerinnen, einen derartigen Eingriff in eine intakte Natur zuzulassen.

Der Stadtrat von Kelheim ist verantwortlich dafür, was aus unserer Heimat wird und wie diese in den nächsten Jahrzehnten ausschaut.“

Stellungnahme eines weiteren Bürgers/Bürgerin

„Ich lehne die geplante Freiflächen-Photovoltaikanlage ab und schließe mich voll und ganz den Argumenten des Vortrages eines Bürgers und den zahlreichen Einwänden, die schriftlich festgehalten wurden, an.

Wenn dieser exponierte Standort mitten in schönster Natur, dem Stadtrat als geeignet erscheint, fällt mir keine Fläche ein, wo man nicht weitere Sonnenpaneele aufstellen könnte. Daher war ich erstaunt über die Aussage des Herrn Bürgermeister, dass es möglich ist, diese Anlage zu genehmigen jedoch potentiellen nachfolgenden Investoren nicht die gleichen Rechte einräumen muss.

Ich verstehe übrigens Landwirte sehr wohl, die auf Einnahmen aus Photovoltaikanlagen hoffen, da es schwer ist, mit den Produktion von Lebensmitteln anständig und angemessen zu verdienen.

Ich bitte den Herrn Bürgermeister und den Stadtrat, ihre Verantwortung wahr zu nehmen und die Schönheit unserer Landschaft zu bewahren – für uns und die nachfolgenden Generationen und vertraue auf die Weitsicht unserer gewählten Vertreter und Vertreterinnen.

Es gibt viele geeignete Alternativen in Kelheim, großflächig Photovoltaik einzusetzen. Greifen Sie beherzt darauf zurück! Und setzen sie sich ein, das Altanlagen, die gut funktionieren, nicht abgebaut werden, weil diese nur noch mit 3 ct/kWH vergütet werden. Welch ein ökologischer und ökonomischer Unsinn!

Um dem Klimawandel entgegen zu treten, hilft es nicht, im Raum Kelheim intakte Felder und Wiesen der Landwirtschaft zu entziehen.

Auch ich bin für Photovoltaikanlagen und betreibe 3 Stück davon in Kapfelberg – aber nur auf dem Dach – da wo sie hingehören.“

Stellungnahme eines weiteren Bürgers/Bürgerin

„Bin dagegen – Argumente siehe Bürgerinfo im Stadel eines Bürger/einer Bürgerin.

Stellungnahme eines weiteren Bürgers/Bürgerin

„ich darf meinem Schreiben vorausschicken, dass ich als Landschaftsarchitekt und Stadtplaner (FLU Planungsteam, Regensburg) seit über 25 Jahren Bauleitplanungen und Objektplanungen in der freien Landschaft – auch Freiflächenphotovoltaikanlagen – bearbeite. Ich denke ich weiß daher Flächen und Landschaftsräume hinsichtlich ihrer Wertigkeit, ihrer Eignung und ihrer Empfindlichkeit für flächenhafte Veränderungen und Eingriffe (hier Freiflächenphotovoltaik) einzuschätzen.

Ich bin der Meinung, dass die Energie- und Klimawende im Bereich der Stromerzeugung bei bevorstehendem Aus für Kernenergie und Kohle stärker als bisher vorangetrieben werden muss. Andererseits darf das nicht jeden baulichen Eingriff „um jeden Preis und überall“ zur Folge haben, da diese Eingriffe in der Regel unumkehrbar sind oder weitere Eingriffe nach sich ziehen. Das gilt auch für Flächen für die Freiflächenphotovoltaik.

Bei der Stadt Kelheim möchte ich mich für die Durchführung der Bürgerinformationsveranstaltung in Schultersdorf im Juli 2021 bedanken. Dies ist nicht selbstverständlich. Die Veranstaltung hat meiner Ansicht nach gezeigt, wie verhaftet die Kapfelberger, Schultersdorfer und Lindacher mit ihrer Umgebung und Landschaft sind, wie sehr sie sie schätzen und wie sensibel sie auf merkliche Veränderungen sind.

Zur gegenständlichen Planungsabsicht:

Geplant ist eine großflächige Freiflächenphotovoltaikanlage mit aufgeständerten Modulreihen auf ca. 9,2 Hektar auf Flurstück 819, Gemarkung Kapfelberg (Änderung von bisheriger Landwirtschaftsfläche hin zu einem Sondergebiet). Im Südosten der Planungsfläche soll eine Ausgleichsfläche mit Extensivwiese und einer 15 m hohen Baumhecke sowie im Westen eine 10 m hohe Hecke entstehen.

Ich möchte nachfolgend Gründe aufzeigen, die dagegen sprechen, das eingeleitete Bauleitplanverfahren in der geplanten Form weiter zu betreiben.

Gesetzliche Rahmenbedingungen

Die Landesplanung (Landesentwicklungsprogramm – LEP) gibt vor (Punkt 6.2.3 – G) dass Photovoltaikanlagen möglichst auf „vorbelastete“ Standorte z. B. im Umfeld von Schienen- und Verkehrswegen oder in Konversionsflächen gelegt werden sollen.

Die Bauleitpläne sind an die Ziele der Raumordnung anzupassen.

Der verfahrensgegenständliche Standort weicht von den o. g. Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms ab.

In den Planungsunterlagen ist dieser Umstand nicht ausreichend berücksichtigt.

Natürliche Gegebenheiten im Bereich der Planung

Der Landschaftsraum zwischen dem Hangwald an der Donau im Süden, dem Waldbereich mit weiteren Offenlandinseln in Richtung Dürnstetten/Reichenstetten und dem bewaldeten Hangbereich nach Gundelshausen/Lohstadt/Poikam im Norden und zwischen den Ortschaften Kapfelberg und Lindach (mit Schultersdorf in der Mitte) stellt historisch eine vom Menschen geschaffene „Rodungsinsel“ dar.

Sie ist durch ihre gewellte, hügelige topografische Ausprägung hinsichtlich des Landschaftsbildes und ihrer vielfältigen Ein- und Ausblicke besonders wertvoll aber auch

empfindlich. Landwirtschaftsflächen, zwischenliegende Ranken, Hecken und Feldgehölze, teilweise Feuchtflächen, Gräben sowie Straßen und Wege mit den topografisch angepassten Ortschaften bilden ein bemerkenswertes, meist kleinteiliges Mosaik.

Der Landschaftsraum in dem die Planung stattfindet ist eine der selten gewordenen weitgehend intakten vielgestaltigen Kulturlandschaften, die im Wesentlichen durch die jahrhundertelange Landnutzung in ihrer Vielfalt geschaffen wurde und durch diese erhalten wird.

Die baulichen und sonstigen Entwicklungen im oben angesprochenen Raum um Kapfelberg wurden bisher zurückhaltend betrieben. Die Flurbereinigung fand zu einem Zeitpunkt statt, in dem der Eigenwert der Landschaft erkannt wurde und eine gute Mischung aus landschaftsverträglichen Flächenoptimierungen und Wegebau für die Landwirtschaft und Ergänzungen für verlorengelassene landschaftliche Elemente (Heckenpflanzungen z. B.) vorgenommen wurden. Der Landschafts- und Naturwert wurde trotz Veränderungen gut erhalten. Strukturen für Pflanzen und Tiere blieben vielfach erhalten oder wurden neu angelegt.

Das Landschaftsmosaik der Gegend um Kapfelberg inklusive der Flächen an der Donauschleife, das wir Bewohner und viele Erholungssuchende vorfinden hat einen hohen kulturhistorischen, landschaftsoptischen und naturschutzfachlichen Wert.

Die Vielfalt insbesondere an Vögeln, Reptilien und teilweise auch Insekten ist aus meiner Sicht hoch. Beispiel: Ich kenne keinen Landschaftsraum, in dem die Feldlerche, eine selten gewordene, störungsempfindliche und gemäß der Roten Liste geschützte, bodenbrütende Vogelart mit einigen Brutpaaren verteilt wie hier in der gesamten Kulturlandschaft in Kapfelberg, Schultersdorf und Lindach vorkommt – so auch im Bereich der Planungsfläche!

Alleine diese Vogelart ist Zeiger für den vorhandenen Wert der Gesamtlandschaft mit der Planungsfläche.

Fazit:

Veränderungen im Kulturlandschaftsmosaik sind mit besonderer Verantwortung vorzunehmen und daraufhin zu prüfen, ob diese zum einen auf der Planungsfläche und zum anderen im Gesamtkontext der Landschaft so negative Veränderungen schaffen, dass der Eigenwert nicht verantwortbar gemindert wird.

Betrachtung und Wertung der Planungsinhalte:

Freiflächenphotovoltaikanlagen versiegeln weder Flächen messbar (Schutzgut Boden und Wasser) noch werden Emissionen ausgestoßen oder Verkehrsströme erhöht. Durch die Umwandlung von Ackerflächen in extensive Wiesenstandorte sind sie hinsichtlich der Bodenbedeckung, teilweise auch hinsichtlich von Pflanzen und Tieren eher positiv zu sehen. Das Schutzgut Kulturgüter ist ebenfalls nicht negativ betroffen.

Sie sind eine alternative Form der Landnutzung.

Sie sind jedoch – auch die gegenständliche Planung – durch ihre große Fläche unter Umständen ein großer Störfaktor in der Landschaft. Weiterhin verändern sie den Standort und den Lebensraum auf dem sie stehen indem sie ihn teilweise „überdachen“ und vor allem von der Umgebung ausgrenzen (Umzäunung!).

Diese Punkte betreffen die Schutzgüter Tiere/Lebensräume sowie das Schutzgut Landschaftsbild.

In der bisher betriebenen Planung wurde aus meiner Sicht Folgendes nicht ausreichend berücksichtigt:

Schutzgut Tiere und Pflanzen – Artenschutz:

Es fehlt eine artenschutzrechtliche Betrachtung (SaP).

Aus meiner Sicht kann hinsichtlich der geschützten und SAP-relevanten Tierart die Feldlerche sehr wohl aufgrund der vorliegenden Planung ein Verbotstatbestand nach § 44 BayNatSchG vorliegen.

Sicher ist jedenfalls, dass die Tierart zukünftig keine Lebens- und Fortpflanzungsstätte mehr in der Planungsfläche vorfindet.

Zu berücksichtigen ist auch, dass die Fläche bei Umsetzung der Planung größeren wildlebenden Säugetieren, dem Großteil der Vogelarten sowie auch dem Wild entzogen würde.

Diese Umstände sind aus meiner Sicht in der Planung nicht ausreichend berücksichtigt und würden zu einer negativeren planerischen Bewertung führen (müssen).

Schutzgut Landschaftsbild:

Die auf einem der größten, wenn nicht gar der größten Einzelfläche der Umgebung liegende geplante Sondergebietsfläche für Freiflächenphotovoltaik soll nahezu vollflächig mit PV-Elementen bestückt werden. Durch die Lage an einen nach Süden geneigten Hang wirkt sich die geplante Anlage auf die gesamte Landschaft (nicht nur einzelne Standorte innerhalb der Orte wie untersucht) und das Landschaftsbild der Umgebung – als auch eine Vielzahl von Betrachtungspunkten (Erholung/Naherholung) aus.

Die Planung erkennt diesen hohen Eingriff durchaus und reagiert mit einer Sichtschutzpflanzung mit einer 15 m hohen Feldhecke im Südosten (Ausgleichsfläche, Ergänzung einer bereits vorhandenen Struktur auf der südlich gelegenen schmalen Flurnummer) und einer 10 m hohen schmalen Hecke im Westen der Planungsfläche, die jeweils die Einsehbarkeit der Anlage gem. der Einsehbarkeitsstudie mindern sollen.

Zu bedenken ist dabei, dass diese Elemente, insbesondere eine 15 m hohe Feldhecke realistisch gesehen erst nach Jahrzehnten funktionstüchtig und wirksam sind – und nicht zum Zeitpunkt des Eingriffs. Die in der Veranstaltung am 21.07.2021 dargestellte „Großbaumpflanzung – oder Großbaumverpflanzung“ zur Erreichung einer sofortigen Wirkung dürfte unrealistisch sein, da der finanzielle Aufwand für mehrere Dutzend Großbäume mehrere Hunderttausend Euro betragen würde (ein Baum mit 10 m Höhe würde ca. 15.000 Euro kosten, 15 m hohe Bäume gibt es quasi nicht da sie nicht verpflanzbar sind).

Die in der Veranstaltung angesprochene Sichtschutzpläne die den optischen Eingriff vorübergehend oder im Winter statt der Baumhecke kaschieren soll, wäre ein Eingriff für sich und ist nicht tauglich.

Weiterhin wären die in der Planung dargestellten Flächen für die Sichtschutzbepflanzung für eine so mächtige, vielreihige Baumhecke zu schmal. Die erforderliche Baumhecke würde voraussichtlich die gesamte Fläche der Ausgleichsfläche einnehmen müssen, was die Planung dann teilweise konterkariert (Abstand PV-Module...).

Diese „Versuche“ einer Eingrünung zeigen meiner Ansicht nach, dass die geplante PV-Anlage an dieser sensiblen Stelle zu großflächig ist und nicht einfach „wegbegrünt“ oder in die Landschaft integriert werden kann.

Die in der Planung außerhalb der Planungsfläche Planung dargestellten (Planteil „Entwicklungskonzept“) bestehenden 10 m hohen Heckenstrukturen, die Teil der Sichtbarkeitsanalysen sind, sind in der Realität lückig und teilweise weitaus niedriger. Sie werden teilweise regelmäßig geschnitten um die Beschattung umliegender Landwirtschaftsflächen zu vermindern. Auf diese bestehenden Strukturen kann bei der Sichtbarkeitsanalyse bzw. in der Planung nicht „gebaut“ werden, da sie keine Konstante darstellen, nicht Teil der Planungsfläche und zudem teilweise anders als dargestellt sind.

Fazit:

Die in einem empfindlichen Lebensraum und an einer exponierten teilweise stark einsehbarer Stelle gelegene Freiflächenphotovoltaikanlage hat insbesondere durch ihre ungegliederte zusammenhängende Größe der PV-Modulfläche hohe Auswirkungen auf das Landschaftsbild der schützenswerten Kulturlandschaft in der Umgebung. Die in der Planung enthaltenen optischen Kompensationsmaßnahmen (unrealistische Pflanzungen) erfüllen nicht die erforderliche Funktion und führen nicht zu einer verträglichen Einbindung der Anlage in die Kulturlandschaft.

Die Freiflächenphotovoltaikanlage auf Flurnummer 819 in der vorliegenden zusammenhängenden Größe wäre bei Weiterverfolgung der Planung ein in das Landschaftsbild und das Kulturlandschaftsmosaik unzureichend eingebundener „Fremdkörper“ und eine Fehlentwicklung in der Kulturlandschaft.

Aus meiner Sicht sind in der Kulturlandschaft im Bereich Kapfelberg-Schultersdorf-Lindach flächige Eingriffe und Veränderungen – z. B. durch Freiflächenphotovoltaikanlagen – wenn überhaupt nur an sehr wenigen, nicht oder wenig exponierten Stellen, kleinräumig und sensibel landschaftsgerecht gegliedert überhaupt vorstellbar. Die Planung in der dargelegten Form sollte daher nicht weiterverfolgt werden. Vielen Dank.

Fazit des Fachbereiches Planen und Bauen, Bauverwaltung, aus den eingegangenen Stellungnahmen.

Die überwiegende Mehrzahl der beteiligten Fachstellen hat keine Bedenken gegen die Planung oder bringt lediglich Hinweise vor.

Jedoch äußern die Regierung von Niederbayern, Höhere Landesplanung, als eine der maßgeblichen Fachstellen für Bauleitplanverfahren der Stadt Kelheim und die Untere Naturschutzbehörde, aufgrund der fehlenden Vorbelastung Bedenken gegen den Standort. Eine große Anzahl von Bürgern aus Schultersdorf und den angrenzenden Ortsteilen äußern ebenfalls Bedenken und lehnen den Standort aus denselben Gründen ab.

Aus den eingegangenen Stellungnahmen ist ersichtlich, dass sowohl die Regierung von Niederbayern, Höhere Landesplanung und die Untere Naturschutzbehörde, als auch die 120 Bürger, die für die Freiflächenphotovoltaikanlage ausgewählten Standort aus Gründen der fehlenden Anbindung und Vorbelastung sowie aufgrund der Zersiedelung der Landschaft als nicht geeignet beurteilen und daher ablehnen.

Mit Schreiben vom 01.10.2021 teilt die D`Sun scheint schee GmbH & Co.KG der Stadt Kelheim mit, dass sie aufgrund der fehlenden Akzeptanz der Freiflächenphotovoltaikanlage vor Ort in Schultersdorf, so wie sie in der Bürgerinfoveranstaltung am 21.07.,2021 deutlich wurde, den Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes und auf Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes zurücknimmt. Die D`Sun scheint schee GmbH & Co.KG teilt weiter mit, dass sie die Haltung der Teilnehmer an der Informationsveranstaltung respektiert und akzeptiert, und dass ihr sehr daran gelegen ist, solche Projekte zum Umwelt- und Klimaschutz nur im Einvernehmen mit den Menschen vor Ort zu realisieren.

Aus den vorgenannten Gründen schlägt der Fachbereich Planen und Bauen dem Stadtrat vor, das Änderungsverfahren für den Flächennutzungs- und Landschaftsplan, Deckblatt Nr. 28, sowie das Aufstellungsverfahren für den sich parallel im Verfahren befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 121 „Freiflächenphotovoltaikanlage einzustellen.

SRM Fischer stellte vor der Abstimmung einen Antrag auf namentliche Abstimmung, der mit 19 : 3 abgelehnt worden ist.

Beschluss:

Die Verfahren zur Fortschreibung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Kelheim durch Deckblatt Nr. 28 (Freiflächenphotovoltaikanlage Nördlich Schultersdorf) sowie zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplanes Nr. 121 „Freiflächenphotovoltaikanlage Nördlich Schultersdorf“ werden aufgrund des gemäß landesplanerischer Stellungnahme der Regierung von Niederbayern, Höhere Landesplanung, sowie der Unteren Naturschutzbehörde als nicht geeignet beurteilten Standortes, und der massiven Widersprüche der Bürgerschaft gegen den

Standort, sowie aufgrund der Rücknahme des Antrages der D`Sun scheint schee GmbH & Co.KG vom 01.10.2021 eingestellt.

Die formellen Einstellungsbeschlüsse sind noch durch die zuständigen Gremien Bauausschuss und Stadtrat zu fassen.

Die Einstellung der Verfahren ist dann ortsüblich bekannt zu machen. Die Fachstellen sind ebenfalls von der Einstellung der Verfahren zu informieren.

Verschiedenes -öffentlich:

SRM Christian Rank erkundigte sich erneut nach dem Stand und Lösungsmöglichkeiten in der Kelheimwinzererstraße. Insbesondere in den anstehenden Herbstwochen sei die Gefahr vor allem für Radfahrer sehr hoch. Ordnungsamtsleiter wird zu diesem Einwand Stellung beziehen.

SRM Florian Flotzinger bringt seinen Bedenken hinsichtlich Äußerungen der Vertreter des WWA zur Donauschiffahrt zum Ausdruck.

Niederschrift der vorangegangenen Sitzung:

Die Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung vom 27.09.2021 wurde vom Stadtrat mit dem Beschluss des Tagesordnungspunktes 1 gemäß Art. 54 Abs. 2 GO i. V. m. § 27 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat Kelheim 2020 - 2026 genehmigt.

Die Niederschrift war während der Dauer der Sitzung zur Einsicht für die Mitglieder ausgelegt.

Erster Bürgermeister Christian Schweiger ging zum nichtöffentlichen Teil der Stadtratsitzung über.

Mit Dank für die rege Mitarbeit schloss Erster Bürgermeister Christian Schweiger um 20:32 Uhr die 12. Sitzung des Stadtrates.

Schweiger
Erster Bürgermeister

Rieger
Protokollführung